

Wirklich hilfreich

Zu: „Kritik an Indexmieten“, FR-Wirtschaft vom 19. Juli

Ehrlich, das Gejammere um die Indexmieten geht mir gewaltig auf den Keks. Mieterhöhungen an die Inflationsrate gekoppelt ist eigentlich vernünftig. Jahrelang hatten wir Inflationsraten von zwei Prozent plusminus.

Ich müsste eine Mieterhöhung von 20 Prozent nach drei Jahren hinnehmen, was rund sieben Prozent per annum ausmacht, in Euro: 160. Wenn also jemand von der Indexmiete profitiert hat, dann Mieter mit derartigen Verträgen. Nun sind es auch einmal sieben Prozent, und schon wird rumgejammert. Die Inflationsrate wird auch wieder heruntergehen, aber ich bleibe bei 20 Prozent alle drei Jahre.

Ich fordere daher den Gesetzgeber, der ja angeblich gegen (überhöhte) Mietsteigerungen etwas tut (Kappungsgrenze, Mieterspiegel), endlich neu zu bestimmen: Mieterhöhungen alle drei Jahre maximal zehn Prozent. Dann kann der Gesetzgeber alle Sonderregelungen fallenlassen. Das wäre wirklich hilfreich! Und meinetwegen kann dann auch sukzessive die Indexmiete untersagt werden.

Reinhard Matthias, Pinneberg

Bitte weiter so!

Friedensfragen: „Was heißt es, diesen Krieg zu gewinnen?“, FR-Politik v. 15.7.

Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für die ausgeglichene Berichterstattung zum Ukrainekrieg. Ihre Zeitung ist eine der wenigen, die auch kritische Artikel, ohne das übliche „Die Ukraine muss gewinnen, egal was dann passiert“ druckt. Vor allem die „Friedensfragen“ oder der Artikel der Nuklearexpertin oder das Interview mit Alexander Gerlach und alles von Foreign Policy helfen sehr dabei, die Weltsituation differenziert einzuordnen. Bitte weiter so!

Nicoline Zarda, Neu-Isenburg

SORRY

Im Leitartikel „Der Kitt der EZB“ (21.7., S.11) ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir hatten geschrieben, dass die Zentralbank „das erste Mal seit über 20 Jahren“ die Zinsen erhöhen werde. Die letzte Erhöhung des Leitzinses wurde aber 2011 vorgenommen.

Und nun mal wieder eine Anmerkung zur Null - ein ewiges Thema für unser „Sorry“, wie es scheint. Mal sind's zu wenige, mal zu viele. Diesmal waren es viel zu viele, und zwar gleich sechs davon. Im Artikel „Embargo für Gold?“ (16.7., S.14) haben wir geschrieben, die russische Goldproduktion habe sich im vergangenen Jahr auf 330 Millionen Tonnen belaufen. Eine horrende Zahl! Streichen Sie bitte die „Millionen“.

Schon wieder eine Debatte um die Frage, was Kunst darf

Documenta: „Jetzt geht es immer weniger um die Kunst“ und „Es ist richtig und notwendig“, FR-Feuilleton vom 19. und 18. Juli

Gelungene Beiträge aus dem globalen Süden

Danke, Hans Eichel, dass Sie ausgesprochen haben, was uns im Verlaufe der immer schriller werdenden und immer schwerer auszuhaltenden Antisemitismus-Debatte beschlichen hatte, nämlich das Gefühl der Reduktion der Documenta fifteen auf eben diese Debatte. Für uns umso befremdlicher, als wir uns selbst ein Bild machen konnten von dem gelungenen Konzept dieser großartigen Ausstellung, die es uns ermöglicht, die Sichtweisen des globalen Südens und deren künstlerischen Ausdruck kennenzulernen, uns konfrontieren zu lassen mit dem auch von uns, dem globalen Norden, zu verantwortenden Postkolonialismus und damit einhergehender Armut, Gewalt und Unterdrückung. Gabi und Christian Trantel, Rehbürg-Loccum

Die Documenta hat den Diskurs nicht vorangebracht

Menschen herabsetzen geschieht ständig - impulsiv, rachsüchtig, leidenschaftlich, persönlich, strategisch, konzeptionell. Die Grenzen des Akzeptablen sind situativ und sie verschieben sich. Seit Öffentlichkeit Geschichte hat, eine globale Geschichte, ist der Gebrauch vorhandener Herabsetzungsstereotype nicht mehr unschuldig, da er einem strategischen Akt der Wahl entspringt. Die Selbsteinsetzung in einen kontrollierten, kulturpolitischen Handlungszusammenhang ist also Pflicht.

Dieser Pflicht haben die Verantwortlichen der Documenta nicht entsprochen. Eine explizit problematisierende Darstellung antisemitischer Stereotype sowie der Ursachen und Kontexte ihrer Verwendung unterblieb. Die (ursprüngliche, Anm. d. Red) Weigerung, diejenigen in den Diskurs einzubeziehen, die Adressaten der diffamierenden Darstellungen sind, pervertiert den Anspruch, der Documenta ein Kon-



Generaldirektorin Sabine Schormann, hier bei der Eröffnung der Kunstaussstellung, ist inzwischen zurückgetreten. EPD

zept des offenen, freien Dialoges zugrunde gelegt zu haben. Absurd jedoch ist vor allem, dass Unaufgeklärtheit in Kooperation mit Verlogenheit den möglicherweise entscheidenden Diskussionsbeitrag verschüttet haben. Der hätte doch sein können, warum es politisch gewollt ist, dass es wissenschaftlich und weitgehend im Konsens festgelegte Kriterien von Antisemitismus gibt, die Festlegung klarer und harter Kriterien der globalen Ungerechtigkeit jedoch umgangen wird. Da schleicht die Katze um den heißen Brei.

Aus einer Situation extremer Benachteiligung über das Ziel hinauszuschießen, ist den Mitglie-

dern des Künstlerkollektivs Rungrupa nicht ohne Weiteres anzulasten, selbst wenn sie die Pflicht zur reflektierten Wahl und der Wahrnehmung diverser Kontexte verletzt haben. Leidenschaftlich ist der Mensch. Amtsinhaber jedoch haben sich reflektiert und kontrolliert zu verhalten. Das haben sie unterlassen. Gregor Kertelge, Neuenrade

Wer entscheidet, was ich sehen darf?

Ich stimme Herrn Eichel im Wesentlichen zu, bin aber der Ansicht, dass einige Aspekte mehr betont und der historische Kontext erweitert werden sollten.

Warum ist solcher Schrott überhaupt populär?

Zu: „Layla' fliegt raus“ und „Nächstes, Layla'-Verbot“, FR-Panorama vom 13. und 14. Juli

Überall Heuchelei, wohin man auch blickt

Die hessische Junge Union singt auf ihrem Landestag lauthals: „Ich hab' 'nen Puff und meine Puffmama heißt Layla. Sie ist schöner, jünger, geiler ...“ Das sind sicher die richtigen Frauenversteher mit rassistischem Unterton, die den Frankfurter OB Peter Feldmann des Sexismus anklagen und Unterschriften für seine Abwahl sammeln können. Genauso wie die Heuchelei der Frankfurter Stadtverordneten, die den OB abgewählt haben. Zum Beispiel die Frankfurter CDU, die keine Skrupel hatte, vom aserbeidschanischen Despoten 28 000 Euro Parteispende anzunehmen. Und ist das keine Vorteilsnahme im Amt, wenn Petra Roth (CDU) als Frankfurter OB von städti-

schen Subventionen durch eine Wohnung in der Neuen Altstadt profitiert? Ebenfalls ganz schmerzlos ist die Frankfurter FDP, die problemlos zweien ihrer Mitglieder für nichts, beziehungsweise für fast nichts 10 000 Euro Ehrenamtsgehälter von der Stadt Frankfurt verschafft hat. Auch Grüne sind gut im Heucheln. Auch wer persönliche Referentin der AWO-Geschäftsführerin war, will gar nichts von deren Beschissystem gewusst haben!

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft ist beim Heucheln auch dabei. Fand sie doch zwei Tage vor der letzten Kommunalwahl Zeit, den OB anzuklagen. Sie hat dann aber für die tatsächliche Klageeinreichung noch ein ganzes Jahr gebraucht. Diese Frankfurter Stadtgesellschaft sollte

wissen, wenn man jemanden mit Dreck bewirft und dann feststellt, dass derjenige dreckig ist, ist dafür der Werfer und nicht der Beworfene verantwortlich. Friedhilde Scholl, Frankfurt

Verbieten ist kein Allheilmittel

Das Bedenkliche an diesem „Top-hit“ ist wohl kaum der Text, sondern das Gewese drumherum. Von Rosis Telefonnummer (32168) ging das Niveau stetig hinunter bis zu den zehn nackten Friseurinnen am Ballermann. Vorher graduell ansteigend waren die Andeutungen von Westernhagen („Ihr Name war Natasha“). Je nach Generation. Zuvor noch Udo Jürgens mit Anuschka.

Verbieten, weil nicht politisch korrekt, ist wohl jetzt des

„Beginnt“ die Debatte mit den herabsetzenden Abbildungen im „Stürmer“? Nimmt sie Fahrt auf mit den Mohammed-Karikaturen? Was ist mit Charlie Hebdo? Stellt sich nicht zum x-ten Male die Frage. Was darf Kunst?

Nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist Kunst frei, eine Zensur findet nicht statt. Die Entstehung des Grundgesetzes ist nur zu denken vor dem Hintergrund der Nazi-Diktatur und der Gleichschaltung der Presse, der Unterdrückung der freien Meinung und „nicht genehmer“ Kunst, d. h. also dem Staat nicht genehm. Bei allem Verständnis, aber ist es zu begrüßen, wenn der „Bund“ (Staat) mehr Einfluss anstrebt? Ist es empfehlenswert ein Expertengremium einzusetzen? Wer sind die, wer setzt sie ein, wer prüft ihr Expertise? Entscheiden die, was ich sehen darf? Erinnerung sei hier an die Freiwillige Selbstkontrolle (FSK), die entstanden ist in einem Zensurkontext.

Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, dass in Frankreich Filme ohne Altersbegrenzung gezeigt werden, die in Deutschland Freigaben ab dem sechsten oder zwölften Lebensjahr haben. Wie ist das zu erklären? Eichel erwähnt, dass das umstrittene Bild zuvor in anderen Ländern gezeigt worden sei, ohne Aufschrei. Handelt es sich also um ein deutsches Spezifikum? Hilfreich wäre es, wenn man diesbezüglich ausländische Pressestimmen zum „Documenta-Skandal“ lesen könnte. Es sei erinnert an die Reaktionen in Deutschland auf Günther Grass „Geständnis“, bei der Waffen-SS gewesen zu sein. Der New Yorker kommentierte damals auf ungefähr einer Viertelseite. Tenor: Sind seine Bücher deshalb schlechter? Es stellt sich mithin die Frage nach der deutschen Debattenkultur. Bildende Kunst hat die Aufgabe, etwas auszulösen, eine Auseinandersetzung herbeizuführen. Sofern man sich dem anschließt, hat das Bild „People's Justice“ seinen Zweck erfüllt. Rüdiger Erdmann, Pattensen

Kurzdenkers Allheilmittel. Den Empörungspfeil auf dieses eine Lied zu richten, sagt auch etwas aus über eine zunehmende Mimosenhaftigkeit in Medien und Gremien. Da sollte man sich mal mehr Gedanken darüber machen, warum so ein Schrott so populär ist und bei wem? Merve Hölter, Frankfurt

Das C im Namen und die christlichen Werte

Bei solch einem tollen Lied konnte die Junge Union Hessen nun wirklich nicht widerstehen und hat den Song auch auf ihrem Landestag im Juni mit Erfolg gespielt.

Da sind der Jungen Union das C und die christlichen Werten doch glatt aus dem Blick geraten. Fritz Brehm, Frankfurt